

Quelle: <https://berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/offener-brief-von-jeffrey-sachs-lernen-sie-geschichte-herr-bundestkanzler-li.10010628>

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

Sie haben wiederholt von der Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit in Europa gesprochen. Diese Verantwortung kann nicht durch Slogans, selektive Erinnerung oder die Normalisierung von Kriegsrhetorik erfüllt werden. Sicherheitsgarantien sind keine Einbahnstraßen, sie funktionieren in beide Richtungen. Dies ist weder ein russisches noch ein amerikanisches Argument. Es ist ein Grundprinzip der europäischen Sicherheit, das ausdrücklich in der Schlussakte von Helsinki, dem OSZE-Rahmen und jahrzehntelanger Nachkriegsdiplomatie verankert ist. Deutschland ist verpflichtet, diesem Moment mit historischer Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit zu begegnen. In dieser Hinsicht bleibt Ihre jüngste Rhetorik gefährlich hinter dem zurück, was die Situation erfordert.

Seit 1990 wurden die zentralen Sicherheitsinteressen Russlands wiederholt ignoriert, verwässert oder direkt verletzt – oft unter aktiver Beteiligung oder stillschweigender Duldung Deutschlands. Diese Geschichte kann nicht ausgelöscht werden, wenn der Krieg in der Ukraine beendet werden soll, und sie kann auch nicht ignoriert werden, wenn Europa einen dauerhaften Zustand der Konfrontation vermeiden will. Am Ende des Kalten Krieges gab Deutschland der sowjetischen – und später der russischen – Führung wiederholt und unmissverständlich die Zusicherung, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. Diese Zusicherungen wurden im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung gegeben. Deutschland hat davon enorm profitiert. Eine rasche Wiedervereinigung – innerhalb der NATO – wäre ohne die Zustimmung der Sowjetunion auf der Grundlage dieser Verpflichtungen nicht möglich gewesen. Später so zu tun, als seien diese Zusicherungen bedeutungslos oder nur beiläufige Bemerkungen gewesen, ist kein Realismus, sondern Geschichtsrevisionismus.

1999 beteiligte sich Deutschland an den NATO-Bombardements gegen Serbien, dem ersten großen Krieg, den die NATO ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats führte. Dies war keine Verteidigungsmaßnahme, sondern eine Intervention, die einen Präzedenzfall schuf und die Sicherheitsordnung nach dem Kalten Krieg grundlegend veränderte. Für Russland war Serbien keine abstrakte Angelegenheit. Die Botschaft war unmissverständlich: Die NATO würde ohne UN-Genehmigung und ohne Rücksicht auf russische Einwände Gewalt außerhalb ihres Territoriums anwenden. Im Jahr 2002 zog sich die USA einseitig aus dem ABM-Vertrag zurück, der mehr als drei Jahrzehnte lang ein

Eckpfeiler der strategischen Stabilität gewesen war. Deutschland erhob keine ernsthaften Einwände. Doch die Aushöhlung der Rüstungskontrollarchitektur erfolgte nicht in einem Vakuum. Die immer näher an den Grenzen Russlands stationierten Raketenabwehrsysteme wurden von Russland zu Recht als destabilisierend empfunden. Diese Wahrnehmung als Paranoia abzutun, war politische Propaganda und keine umsichtige Diplomatie.

Im Jahr 2008 erkannte Deutschland die Unabhängigkeit des Kosovo an, obwohl ausdrücklich davor gewarnt worden war, dass dies den Grundsatz der territorialen Integrität untergraben und einen weitreichenden Präzedenzfall schaffen würde. Wieder einmal wurden die Einwände Russlands als böswillig abgetan, während die substanziellen Bedenken ignoriert wurden.

Das beharrliche Drängen auf eine NATO-Erweiterung um die Ukraine und Georgien – offiziell erklärt auf dem Gipfeltreffen in Bukarest 2008 – überschritt die deutlichste rote Linie, trotz jahrelanger lauter, klarer, konsequenter und wiederholter Einwände aus Moskau. Wenn eine Großmacht ein zentrales Sicherheitsinteresse identifiziert und dies über Jahrzehnte hinweg wiederholt, ist es keine Diplomatie, dies zu ignorieren, sondern eine bewusste Eskalation.

Die Rolle Deutschlands in der Ukraine seit 2014 ist besonders beunruhigend. Zusammen mit Paris und Warschau vermittelte Berlin am 21. Februar 2014 das Abkommen zwischen Präsident Janukowitsch und der Opposition – ein Abkommen, das die Gewalt beenden und die verfassungsmäßige Ordnung bewahren sollte. Innerhalb weniger Stunden brach das Abkommen zusammen. Es folgte ein gewaltsamer Umsturz. Durch verfassungswidrige Mittel entstand eine neue Regierung. Deutschland erkannte dieses neue Regime sofort an und unterstützte es. Das von Deutschland garantierte Abkommen wurde ohne Konsequenzen aufgegeben.

Das Minsk-II-Abkommen von 2015 sollte diesen Kurs korrigieren – ein ausgehandeltes Rahmenwerk zur Beendigung des Krieges in der Ostukraine. Deutschland fungierte erneut als Garant. Doch sieben Jahre lang wurde Minsk II von der Ukraine nicht umgesetzt. Kiew lehnte seine politischen Bestimmungen offen ab. Deutschland setzte sie nicht durch. Ehemalige deutsche und andere europäische Staats- und Regierungschefs haben seitdem zugegeben, dass Minsk weniger als Friedensplan denn als Verteidigungsmaßnahme behandelt wurde. Allein dieses Eingeständnis erfordert ernsthafte Reflexion.

Vor diesem Hintergrund klingen Forderungen nach immer mehr Waffen, immer härterer Rhetorik und immer größerer „Entschlossenheit“ hohl. Sie verlangen von Europa, die jüngste Vergangenheit zu vergessen, um eine Zukunft permanenter Konfrontation zu rechtfertigen. Genug Propaganda. Genug

moralische Infantilisierung der Öffentlichkeit. Die Europäer sind durchaus in der Lage zu verstehen, dass Sicherheitsdilemmata real sind, dass NATO-Maßnahmen Konsequenzen haben und dass Frieden nicht dadurch erreicht wird, dass man so tut, als gäbe es die Sicherheitsbedenken Russlands nicht. Die europäische Sicherheit ist unteilbar. Dieser Grundsatz bedeutet, dass kein Land seine Sicherheit auf Kosten eines anderen stärken kann, ohne Instabilität zu provozieren. Er bedeutet auch, dass Diplomatie keine Beschwichtigung ist und historische Ehrlichkeit kein Verrat.

Deutschland hat dies einst verstanden. Die Ostpolitik war keine Schwäche, sondern strategische Reife. Sie erkannte, dass die Stabilität Europas von Dialog, Rüstungskontrolle, wirtschaftlichen Beziehungen und der Achtung der legitimen Sicherheitsinteressen Russlands abhängt.

Deutschland braucht diese Reife heute wieder. Es muss aufhören, so zu sprechen, als sei Krieg unvermeidlich – oder gar tugendhaft. Strategisches Denken darf nicht länger auf Bündnisslogans reduziert werden. Deutschland muss sich endlich zu echter Diplomatie verpflichten – nicht als PR-Maßnahme, sondern als ernsthafte Anstrengung, eine europäische Sicherheitsarchitektur wiederaufzubauen, die Russland einbezieht, anstatt es auszuschließen.

Eine erneuerte europäische Sicherheitsarchitektur muss mit Klarheit und Zurückhaltung beginnen. Zunächst einmal erfordert sie ein eindeutiges Ende der NATO-Osterweiterung – in Richtung Ukraine, Georgien und alle anderen Staaten entlang der russischen Grenzen.

Die NATO-Erweiterung war keine unvermeidliche Folge der Nachkriegsordnung, sondern eine politische Entscheidung, die unter Verletzung der 1990 gegebenen feierlichen Zusicherungen getroffen und trotz wiederholter Warnungen, dass sie Europa destabilisieren würde, weiterverfolgt wurde.

Sicherheit in der Ukraine wird nicht durch die Stationierung deutscher, französischer oder anderer europäischer Truppen erreicht, die nur die Spaltungen vertiefen und den Krieg verlängern würden. Stabilität wird durch Neutralität erreicht, unterstützt durch glaubwürdige internationale Garantien. Die Geschichte ist eindeutig: Weder die Sowjetunion noch die Russische Föderation haben die Souveränität neutraler Staaten in der Nachkriegsordnung verletzt – weder Finnland, Österreich, Schweden, die Schweiz noch andere. Die Neutralität funktionierte, weil sie den legitimen Sicherheitsbedenken aller Seiten Rechnung trug. Es gibt keinen zwingenden Grund anzunehmen, dass sie nicht wieder funktionieren könnte.

Zweitens erfordert Stabilität Entmilitarisierung und Gegenseitigkeit. Russische Streitkräfte müssen von den NATO-Grenzen ferngehalten werden, und NATO-Streitkräfte – einschließlich Raketensysteme – müssen von den russischen

Grenzen ferngehalten werden. Sicherheit ist unteilbar, nicht einseitig. Grenzregionen sollten durch überprüfbare Vereinbarungen entmilitarisiert werden und nicht mit immer mehr Waffen übersät werden. Sanktionen sollten im Rahmen einer Verhandlungslösung aufgehoben werden; sie haben keinen Frieden gebracht und der europäischen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt.

Insbesondere Deutschland sollte sich gegen die rücksichtslose Beschlagnahmung russischer Staatsvermögen wehren – ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, der das Vertrauen in das globale Finanzsystem untergräbt. Die Wiederbelebung der deutschen Industrie durch rechtmäßigen, vertraglich geregelten Handel mit Russland ist keine Kapitulation, sondern wirtschaftlicher Realismus. Europa sollte seine eigene Produktionsbasis nicht im Namen moralischer Rhetorik zerstören.

Schließlich muss Europa zu den institutionellen Grundlagen seiner eigenen Sicherheit zurückkehren. Die OSZE – nicht die NATO – sollte wieder als zentrales Forum für europäische Sicherheit, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle dienen. Strategische Autonomie für Europa bedeutet genau das: eine europäische Sicherheitsordnung, die von europäischen Interessen geprägt ist und nicht von einer permanenten Unterordnung unter die Logik der NATO-Erweiterung.

Frankreich könnte seine nukleare Abschreckung als europäischen Sicherheitsschirm ausweiten, jedoch nur in einer strikt defensiven Haltung und ohne vorwärts stationierte Systeme, die Russland bedrohen.

Europa sollte dringend auf eine Rückkehr zum INF-Rahmen und auf umfassende strategische Verhandlungen über die Kontrolle von Atomwaffen unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten und Russlands – und später auch Chinas – drängen. Die Analogie zwischen dem Kosovo und der Ukraine muss ebenfalls ehrlich anerkannt werden: Die Grenzen in Europa wurden bereits mit westlicher Unterstützung verändert. Die Grenzen wurden verändert. Das Streben nach Frieden muss unantastbar bleiben.

Und vor allem: Lernen Sie aus der Geschichte, Herr Bundeskanzler – und seien Sie ehrlich dabei. Ohne Ehrlichkeit kann es kein Vertrauen geben. Ohne Vertrauen kann es keine Sicherheit geben. Und ohne Diplomatie riskiert Europa, die Katastrophen zu wiederholen, aus denen es angeblich gelernt hat. Die Geschichte wird beurteilen, woran sich Deutschland erinnert – und was es zu vergessen beschließt. Lassen Sie Deutschland diesmal Diplomatie und Frieden wählen und zu seinem Wort stehen.

Mit freundlichen Grüßen, Jeffrey D. Sachs

(Übersetzt mit DeepL)

## Konversation

[@Rob Roos](#)

Share if you stand for peace

Security Is Indivisible — and History Matters

Dear Federal Chancellor Merz,

You have repeatedly spoken of Germany's responsibility for European security. That responsibility cannot be fulfilled through slogans, selective memory, or the normalization of war rhetoric. Security guarantees are not one-way streets; they function in both directions. This is neither a Russian nor an American argument. It is a fundamental principle of European security, explicitly embedded in the Helsinki Final Act, the OSCE framework, and decades of postwar diplomacy. Germany is obliged to confront this moment with historical seriousness and honesty. In this respect, your recent rhetoric falls dangerously short of what the situation demands.

Since 1990, Russia's core security concerns have repeatedly been ignored, diluted, or directly violated—often with Germany's active participation or tacit acquiescence. This history cannot be erased if the war in Ukraine is to be ended, nor can it be ignored if Europe wishes to avoid a permanent state of confrontation. At the end of the Cold War, Germany gave the Soviet—and later Russian—leadership repeated and unequivocal assurances that NATO would not expand eastward. These assurances were given in the context of German reunification. Germany benefited enormously from them. Rapid reunification—within NATO—would not have been possible without Soviet consent based on these commitments. To later pretend that these assurances were meaningless or merely incidental remarks is not realism; it is historical revisionism.

In 1999, Germany participated in NATO's bombing of Serbia, the first major war waged by NATO without a mandate from the UN Security Council. This was not a defensive action, but a precedent-setting intervention that fundamentally altered the post-Cold War security order. For Russia, Serbia was not an abstract matter. The message was unmistakable: NATO would use force beyond its territory, without UN authorization and without regard for Russian objections. In 2002, the United States unilaterally withdrew from the ABM Treaty, a cornerstone of strategic stability for more than three decades. Germany raised no serious objections. Yet the erosion of the arms-control architecture did not occur in a vacuum. Missile defense systems deployed ever closer to Russia's borders were rightly perceived by Russia as destabilizing. To

dismiss these perceptions as paranoia was political propaganda, not prudent diplomacy.

In 2008, Germany recognized Kosovo's independence despite explicit warnings that doing so would undermine the principle of territorial integrity and establish a far-reaching precedent. Once again, Russia's objections were dismissed as malicious, while the substantive concerns were ignored.

The persistent push for NATO expansion to include Ukraine and Georgia—formally declared at the Bucharest Summit in 2008—crossed the clearest of red lines, despite years of loud, clear, consistent, and repeated objections from Moscow. When a major power identifies a core security interest and reiterates it for decades, ignoring it is not diplomacy; it is deliberate escalation.

Germany's role in Ukraine since 2014 is particularly troubling. Together with Paris and Warsaw, Berlin brokered the 21 February 2014 agreement between President Yanukovych and the opposition—an agreement intended to end violence and preserve constitutional order. Within hours, the agreement collapsed. A violent overthrow followed. A new government emerged through unconstitutional means. Germany immediately recognized and supported this new regime. The agreement Germany had guaranteed was abandoned without consequence.

The Minsk II Agreement of 2015 was meant to correct this course—a negotiated framework to end the war in eastern Ukraine. Germany again served as a guarantor. Yet for seven years, Minsk II was not implemented by Ukraine. Kyiv openly rejected its political provisions. Germany did not enforce them. Former German and other European leaders have since admitted that Minsk was treated less as a peace plan than as a defensive measure. That admission alone demands serious reflection.

Against this backdrop, calls for ever more weapons, ever harsher rhetoric, and ever greater "resolve" ring hollow. You ask Europe to forget the recent past in order to justify a future of permanent confrontation. Enough propaganda. Enough moral infantilization of the public. Europeans are fully capable of understanding that security dilemmas are real, that NATO actions have consequences, and that peace is not achieved by pretending Russia's security concerns do not exist. European security is indivisible. This principle means that no country can strengthen its security at the expense of another without provoking instability. It also means that diplomacy is not appeasement, and historical honesty is not betrayal.

Germany once understood this. Ostpolitik was not weakness; it was strategic maturity. It recognized that Europe's stability depends on dialogue, arms

control, economic relations, and respect for Russia's legitimate security interests.

Germany needs that maturity again today. It must stop speaking as if war were inevitable—or even virtuous. Strategic thinking must no longer be reduced to alliance slogans. Germany must finally commit itself to genuine diplomacy—not as a public-relations exercise, but as a serious effort to rebuild a European security architecture that includes Russia rather than excludes it.

A renewed European security architecture must begin with clarity and restraint. First, it requires an unequivocal end to NATO's eastward expansion—to Ukraine, Georgia, and any other state along Russia's borders.

NATO expansion was not an inevitable consequence of the postwar order; it was a political choice, made in violation of solemn assurances given in 1990 and pursued despite repeated warnings that it would destabilize Europe.

Security in Ukraine will not be achieved by the deployment of German, French, or other European troops, which would only deepen divisions and prolong the war. Stability is achieved through neutrality, supported by credible international guarantees. History is unequivocal: neither the Soviet Union nor the Russian Federation violated the sovereignty of neutral states in the postwar order—neither Finland, Austria, Sweden, Switzerland, nor others. Neutrality worked because it addressed the legitimate security concerns of all sides. There is no compelling reason to assume it cannot work again.

Second, stability requires demilitarization and reciprocity. Russian forces must be kept away from NATO borders, and NATO forces—including missile systems—must be kept away from Russian borders. Security is indivisible, not unilateral. Border regions should be demilitarized through verifiable agreements, not saturated with ever more weapons. Sanctions should be lifted as part of a negotiated settlement; they have brought no peace and have inflicted severe damage on the European economy.

Germany in particular should oppose the reckless seizure of Russian state assets—an egregious violation of international law that undermines trust in the global financial system. Revitalizing German industry through lawful, treaty-based trade with Russia is not capitulation; it is economic realism. Europe should not destroy its own productive base in the name of moral rhetoric.

Finally, Europe must return to the institutional foundations of its own security. The OSCE—not NATO—should once again serve as the central forum for European security, confidence-building, and arms control. Strategic autonomy for Europe means precisely this: a European security order shaped by European interests, not by permanent subordination to the logic of NATO expansion.

France could extend its nuclear deterrent as a European security umbrella, but only in a strictly defensive posture, without forward-deployed systems that threaten Russia.

Europe should urgently press for a return to the INF framework and for comprehensive strategic negotiations on nuclear arms control involving the United States and Russia—and later China as well. The analogy between Kosovo and Ukraine must also be honestly acknowledged: borders in Europe have already been changed with Western support. Borders have been changed. The pursuit of peace must remain inviolable.

And most importantly: learn history, Mr. Federal Chancellor—and be honest about it. Without honesty there can be no trust. Without trust there can be no security. And without diplomacy, Europe risks repeating the catastrophes from which it claims to have learned. History will judge what Germany remembers—and what it chooses to forget. Let Germany choose diplomacy and peace this time, and stand by its word.

Yours sincerely, Jeffrey D. Sachs



Rob Roos

